



Eine Recherche der New York Times erschüttert derzeit das Vertrauen in eine der symbolträchtigsten Institutionen der Vereinigten Staaten: die United States Mint. Demnach soll die staatliche Münzanstalt über Jahre hinweg Gold verarbeitet und weiterverkauft haben, dessen Ursprung auf illegale Förderpraktiken und Verbindungen zu lateinamerikanischen Drogenkartellen zurückgeht. Die Enthüllungen werfen grundlegende Fragen zur Integrität staatlicher Lieferketten und zur Wirksamkeit regulatorischer Kontrollen auf.

Im Zentrum des Skandals steht ein strukturelles Problem: die Intransparenz globaler Rohstoffmärkte. Gold, das aus illegalem Bergbau stammt – häufig unter menschenunwürdigen Bedingungen und unter Kontrolle krimineller Netzwerke – gelangt über Zwischenhändler in den internationalen Handel. Durch eine Kette aus Scheinfirmen und Exporteuren wird die Herkunft systematisch verschleiert. Am Ende dieses Prozesses steht offenbar auch die US-Münzanstalt, die das Edelmetall als „amerikanisches Gold“ deklariert und in Umlauf bringt.

Dabei gelten für die US-Münze klare gesetzliche Vorgaben: Sie darf ausschließlich Gold aus heimischer, legaler Förderung verwenden. Dass diese Vorschrift offenbar umgangen wurde, deutet auf erhebliche Defizite in der Kontrolle und Zertifizierung der Lieferketten hin. Branchenkenner sprechen von einem „systemischen Versagen“, das nicht nur einzelne Akteure betrifft, sondern auf eine zu geringe regulatorische Durchdringung des Marktes hinweist.

Die politischen Konsequenzen könnten erheblich sein. In Washington mehren sich die Stimmen, die eine umfassende Untersuchung fordern. Mitglieder des Kongresses verlangen Aufklärung darüber, wie staatliche Institutionen in eine Lieferkette eingebunden sein konnten, die mutmaßlich kriminelle Aktivitäten stützt. Auch internationale Partner dürften aufmerksam beobachten, wie die USA mit dem Vorfall umgehen – nicht zuletzt, weil die Glaubwürdigkeit amerikanischer Goldreserven und -produkte auf dem Spiel steht.

Ökonomisch betrachtet könnte der Skandal das Vertrauen in den Edelmetallmarkt erschüttern. Gold gilt traditionell als „sicherer Hafen“ in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit. Diese Funktion beruht jedoch wesentlich auf der Annahme von Stabilität, Transparenz und Werthaltigkeit. Wenn Zweifel an der Herkunft und Legalität des gehandelten Goldes aufkommen, könnte dies die Preisbildung und Marktmechanismen nachhaltig beeinflussen.

Die Affäre legt offen, wie eng legale und illegale Wirtschaftsströme in globalisierten Märkten miteinander verflochten sind. Sie zeigt zugleich, dass staatliche Institutionen nicht immun gegen diese Dynamiken sind. Entscheidend wird nun sein, ob es den zuständigen Behörden gelingt, die Kontrollmechanismen zu verschärfen und verlorenes Vertrauen



wiederherzustellen – sowohl im Inland als auch auf internationaler Ebene.

---

## **Politischer Schulterschluss gegen Netanyahu: Israels Mitte rückt zusammen**

In Israel formiert sich vor den kommenden Wahlen eine bemerkenswerte Allianz: Die ehemaligen Premierminister Naftali Bennett und Yair Lapid haben angekündigt, ihre politischen Kräfte zu bündeln, um Amtsinhaber Benjamin Netanyahu herauszufordern. Dieser Schritt markiert eine strategische Neuordnung im politischen Spektrum des Landes – und könnte das Machtgefüge nachhaltig verändern.

Die Kooperation zwischen Bennett, der traditionell dem rechten Lager zugeordnet wird, und dem zentristisch-liberalen Lapid ist vor allem als Reaktion auf Netanyahus anhaltende Dominanz zu verstehen. Trotz wiederholter Regierungswechsel und breiter Kritik gelingt es dem langjährigen Premier, seine politische Basis zu mobilisieren. Zugleich sieht er sich weiterhin mit Korruptionsvorwürfen und juristischen Verfahren konfrontiert, die seine Legitimität belasten und das Vertrauen in staatliche Institutionen auf die Probe stellen.

Die nun angestrebte Parteifusion verfolgt das Ziel, die zersplitterte Opposition zu einen und insbesondere Wähler der politischen Mitte anzusprechen. Bereits in der Vergangenheit hatten Bennett und Lapid – wenn auch nur temporär – in einer ungewöhnlichen Koalition zusammengearbeitet, die Netanyahu zwischenzeitlich aus dem Amt drängte. Die damalige Regierung scheiterte jedoch an internen Spannungen und ideologischen Differenzen.

Dieses Mal scheint der strategische Fokus klarer: Es geht weniger um programmatische Reinheit als um politische Wirksamkeit. Die gemeinsame Plattform soll wirtschaftliche Stabilität, institutionelle Integrität und eine pragmatische Sicherheitspolitik in den Vordergrund stellen. Beobachter sehen darin den Versuch, eine Alternative zu Netanyahus zunehmend polarisierendem Führungsstil zu bieten.

Gleichzeitig bleibt fraglich, ob es der neuen Allianz gelingt, die tiefen Gräben innerhalb der israelischen Gesellschaft zu überbrücken. Themen wie Justizreformen, Siedlungspolitik und das Verhältnis zu den Palästinensern bleiben konflikträchtig und könnten auch innerhalb des Bündnisses Spannungen hervorrufen.

Die kommenden Monate werden zeigen, ob der Schulterschluss von Bennett und Lapid mehr ist als ein taktisches Wahlbündnis. Klar ist jedoch: Der politische Wettbewerb in Israel tritt in eine neue Phase ein – mit offenem Ausgang und potenziell weitreichenden Folgen für die



innen- und außenpolitische Ausrichtung des Landes.

---

## Weitere Nachrichten

- Präsident Isaac Herzog von **Israel** verschiebt eine Entscheidung über eine Begnadigung für Netanyahu; stattdessen wird eine Vermittlung angestrebt.
- Militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und der **Hisbollah** im Libanon nehmen zu.
- **Islamabad**: US-Iran-Gespräche sind gescheitert.
- **König Charles III.** und Königin Camilla besuchen unter Spannungen die USA.
- In **Japan** kämpfen Anwohner gegen Ansturm von Touristen während der Kirschblütensaison.
- Militante Angriffe in **Mali** markieren eine Eskalation der langjährigen Feindseligkeiten.
- Großwildjäger aus Kalifornien in **Gabun** von Elefant getötet.
- **Trump** fordert die Beseitigung des iranischen Nuklearbestands, ein Problem, das er mitverursacht hat.
- AIDS nimmt in Teilen von **Sambia** zu, ein Jahr nachdem die USA ihre HIV-Hilfe gekürzt haben.

Christine Macha